

Interview mit Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern:

# Wir bleiben aufs Höchste wachsam

## dbb magazin

Die EU-Außengrenzen sollen besser geschützt werden. 240 Polizeivollzugskräfte und weitere 65 Experten sind zur Grenzsicherung in EU-Staaten entsandt worden. Reicht dieses Kontingent, und wie werden Sie verhindern, dass es zu Abstrichen im Inlandsdienst kommt?

## Thomas de Maizière

Der effektive Schutz der Schengen-Außengrenzen vor ungesteuerter, auch illegaler Migration hat für uns Priorität, auch um den gemeinsamen Schengenraum erhalten zu können. Die Bundespolizei entsendet daher dieses Jahr 2015 mehr als 300 Polizeivollzugsbeamte in bilaterale und Frontex-kooordinierte Einsätze. Auf das letzte Unterstützungsersuchen der EU-Agentur Frontex hat Deutschland umgehend reagiert und 50 Polizeibeamte des Bundes und der Länder angeboten. Einige Beamte sind bereits in Griechenland. Der Bedarf ist jedoch noch nicht gedeckt. Daher habe ich veranlasst, die Entsendung um 50 weitere Beamte zu erhöhen. Damit leistet Deutschland bis jetzt den größten personellen Unterstützungsanteil in der EU. Auch vor diesem Hintergrund werden wir die Bundespolizei weiter personell entlasten: Das Bundeskabinett hat mit dem Haushaltsentwurf 2016 insgesamt 538 zusätzliche Planstellen vorgesehen. Darüber hinaus sind im Zuge der Haushaltsberatungen nach einer Absprache zwischen Minister Schäuble und mir und voller Unterstützung der Koalition ab 2016 bis 2018 jährlich je 1 000 zusätzliche Planstellen für die Bundespolizei ausgebracht worden. Und um es



Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern

deutlich zu sagen: Die Bundesregierung weiß um den hohen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten und ich sehe, dass sie trotz aller Überstunden ihre Arbeit mit Hingabe, Empathie und Anstand erledigen. Das ist nicht selbstverständlich, dafür bin ich dankbar. Deshalb begrüße ich es auch ausdrücklich, dass der Bundestag hier mit der deutlichen Erhöhung der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit ein spürbares Signal gesetzt hat. Die Änderungen treten zum 1. Januar 2016 in Kraft.

## dbb magazin

Kolleginnen und Kollegen aus allen Verwaltungsbereichen und ehrenamtliche Helfer arbeiten rund um die Uhr daran, den Flüchtlingen die notwendige humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Zunehmend werden sie dafür zur Zielschei-

be von Hass und Gewalt extremer Gruppierungen. Hilfe erfahren sie eher in Worten statt in Taten. Ist Deutschland der Radikalisierung der Gesellschaft „machtlos“ ausgeliefert, Herr Minister?

## Thomas de Maizière

Die zunehmende Verrohung durch Beleidigungen und tätliche Gewalt ist unerträglich. Das stimmt. Und daher habe ich stets betont, dass wir das in unserem Land nicht durchgehen lassen dürfen. Der Staat antwortet hier mit aller Konsequenz, auch repressiv. Wie wir uns auch als öffentliche Arbeitgeber schützend vor unsere Beschäftigte stellen müssen und können, ist ein wichtiges Thema, das uns seit Längerem beschäftigt. Neben verschiedenen tatsächlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen werden wir die Gesamtsituation im

Frühjahr 2016 bei einer Fachtagung gemeinsam mit dem dbb noch einmal näher beleuchten. Im Übrigen gibt es eine klare Unterstützung nicht nur seitens des Staates oder der Politik: Fast die Hälfte aller Deutschen engagiert sich mit bewundernswertem Einsatz bei der Bewältigung der Flüchtlingslage. Und die Anzahl an Demonstrationen gegen Pegida und ähnliche Veranstaltungen zeigen, dass die Gesellschaft nicht bereit ist, sich ihre Empathie und ihre humanitären Werte einfach ausreden zu lassen. Sie reagiert entschlossen und empfindsam auf die Radikalisierung, die sie in ihrer breiten Mehrheit ablehnt. Das belegen alle Umfragen. Damit wird deutlich, dass hier jeder seinen Beitrag leisten kann, aber wohl auch muss: Hier ist – um einen berühmten Ausspruch zu zitieren – nicht nur „klare Kante“ gefragt, sondern auch Solidarität!

## dbb magazin

Die Flüchtlingsproblematik und die damit verbundene massive Zuwanderung nach Deutschland relativieren die vorausberechnete demografische Entwicklung und damit auch die Personalprognosen für den öffentlichen Dienst: Neueinstellungen sind nicht nur bei der (Bundes-)Polizei, sondern in nahezu allen Verwaltungsbereichen bis hin zu Kitas und Schulen notwendig. Wie wird dieser Bedarf – unabhängig von den Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen – gedeckt und finanziert werden?

## Thomas de Maizière

Für den Bund kann ich sagen, dass wir den wachsenden Personalbedarf zum großen Teil durch unbefristete, aber auch

durch befristete Neueinstellungen decken werden. Für das Haushaltsjahr 2016 werden für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beispielsweise 3 000 neue Haushaltsstellen sowie Haushaltsmittel für 1 000 befristet einzustellende Kräfte ausgebracht. Weitere, bedarfsgerechte Personalaufstockungen sind – je nach Lage – nicht auszuschließen. Und bis die neuen Beschäftigten ausgewählt und einsatzfähig sind, werden Unterstützungskräfte aus anderen Behörden zeitweise aushelfen. Erfreulicherweise ist die Hilfwelle unter den Kolleginnen und Kollegen sehr hoch. Darüber hinaus unterstützt der Bund die Länder und Kommunen in großem Umfang, allein in diesem Jahr mit zwei Milliarden. Für 2016 sind weitere rund fünf Milliarden eingeplant. Diesen hohen Finanzierungsbedarf will der Bund für 2016 ohne Neuverschuldungen stemmen. Denn die bisherige Finanz- und Schuldenpolitik des Bundes bleibt weiter gültig! Und wie wichtig diese strukturelle Sanierung des Bundeshaushalts war, sehen wir jetzt, weil die Spielräume, die wir heute so dringend brauchen, hierdurch erst ermöglicht wurden. Diese Tatsache sage ich ganz bewusst auch in Richtung Gewerkschaften. Wir brauchen machbare, flexible Lösungen, wie zum Beispiel die eben genannten befristeten Neueinstellungen beim BAMF. Erinnern wir uns an die zugespitzte Phase der Finanzkrise: Ohne das Zugeständnis der Gewerkschaften, die Kurzarbeit auszuweiten, wären Arbeitsplätze in diesem Umfang nicht erhalten geblieben. An den damaligen Erfolg dieses „Gebens und Nehmens“ müssen wir uns erinnern.

#### dbb magazin

Niemand weiß, wie viele Menschen ohne jede Kontrolle und Registrierung nach Deutschland eingereist sind. Es wird vermutet, dass es Hunderttausende sind. Mögliche Ergän-

zung: Müssen wir nach den Anschlägen in Paris nicht mehr besorgt sein, dass sich unter den Flüchtlingen auch Terroristen befinden, die Anschläge in Deutschland oder anderen europäischen Ländern planen? Und wie groß der Anteil an Kriminellen ist, weiß auch niemand. Ist die innere Sicherheit in Gefahr?

#### Thomas de Maizière

Nach wie vor bin ich tief erschüttert über das barbarische und wahllose Morden der Attentäter in Paris. Die Gefährdung in Deutschland war schon vor den Anschlägen in Paris auf einem hohen Niveau. Seit Langem wissen wir, dass auch Deutschland im Fadenkreuz der Terroristen des sogenannten Islamischen Staates steht. Und natürlich bleiben wir aufs Höchste wachsam. Unsere Sicherheitsbehörden gehen jedem einzelnen Hinweis nach. Doch so wichtig Wachsamkeit ist, so wichtig ist es auch, nun einen kühlen Kopf zu bewahren. Es ist nicht die Zeit der vorschnellen Schlüsse, sondern der nüchternen Analysen und Taten aller politisch Verantwortlichen, der Sicherheitskräfte und Nachrichtendienste. Unsere Aufgabe ist es, alles Menschenmögliche zu tun, um die Menschen vor weiteren Anschlägen zu beschützen, dazu zählen natürlich auch diejenigen, die bei uns Schutz suchen, weil sie als Opfer des Terrors vor ihm fliehen. Und im Falle des Freundschaftsspiels Deutschland gegen die Niederlande hatten wir so verdichtete Hinweise, dass wir das Spiel zum Schutz der Zuschauer und Spieler absagen mussten.

Wichtig ist mir, dass wir dem Terror nicht in die Hände spielen und vorschnell einen Bogen zur Debatte um das Thema Flüchtlinge schlagen. Damit würden wir den Terroristen, die die Erbsubstanz unserer Zivilgesellschaft zerstören und uns spalten wollen, nur in die Falle gehen, ohne an Sicherheit zu

gewinnen. Die Sicherheitsbehörden gehen auch jedem Hinweis nach, dass Terroristen unter den Flüchtlingen sein könnten. Bisher erfreulicherweise mit negativem Ergebnis. Aber auch hier bleiben wir wachsam. Die andere Frage ist die nach den Straftaten in oder aus Flüchtlingsunterkünften: Ladendiebstahl, Gewaltkriminalität, Drogendelikte et cetera. Hier müssen wir differenzieren. Es gibt zwar einzelne Unterkünfte mit Problemen, aber auch viele, in denen überhaupt keine Schwierigkeiten auftreten. Ich hatte das Bundeskriminalamt gebeten, zusammen mit den Bundesländern schnellstmöglich Daten für ein regelmäßiges Lagebild vorzulegen. In einer ersten Lageübersicht zeigt sich, dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft strafällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung. Allerdings ist die Lage bei Flüchtlingen aus bestimmten Ländern unterschiedlich. Der Großteil von ihnen begeht keine Straftaten, sie suchen vielmehr in Deutschland Schutz und Frieden. Wir werden diese

Informationen in Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt und den Bundesländern bis Mitte Dezember zu einem Bundeslagebild weiterentwickeln. Ich sehe dieses Lagebild als einen wichtigen Beitrag an, um Gerüchte und Stimmungsmache mit Fakten zu bekämpfen.

#### dbb magazin

Die dbb Arbeitstagung 2016 steht unter dem Motto „Alarmzeichen für die Demokratie – Politik contra Bürger?“ Pflegen Sie Bürgerkontakt, Herr Minister?

#### Thomas de Maizière

Natürlich! Und das verläuft nicht immer nur harmonisch: Debatten sind grundsätzlich ein gutes Zeichen für eine Demokratie, in der die Politik immer wieder neu um den Rückhalt in der Gesellschaft ringen muss. Förderlich ist Streit allerdings nur, wenn politische Entscheidungen legitimiert sind und die Regeln für die Auseinandersetzungen eingehalten werden.

#### > Thomas de Maizière ...



Bundespresseamt

... geboren 1954 in Bonn, studierte nach Abitur und Wehrdienst Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg. 1986 wurde er zum Dr. jur. promoviert. Von 1983 bis 1985 war er Mitarbeiter der Regierungen Bürgermeister von Berlin und leitete bis 1989 das Grundsatzerferat der Senatskanzlei. 1990 wirkte de Maizière mit am Aufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der letzten DDR-

Regierung und gehörte der Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag an. Von 1990 bis 1994 war er Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und 1994 bis 1998 Chef der dortigen Staatskanzlei. Ab Oktober 1999 amtierte er als Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei, 2001 bis 2002 als Finanzminister, 2002 bis 2004 als Justizminister, 2004 bis 2005 als Innenminister in Sachsen. Im November 2005 wurde de Maizière zum Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes ernannt. Ende Oktober 2009 erfolgte seine erste Berufung zum Bundesminister des Innern. Von März 2011 bis Dezember 2013 war er Bundesminister der Verteidigung und seit Dezember 2013 ist er erneut Bundesminister des Innern.